

„Ein Hund ist mehr wert als eine Türkin“

Rassismus im bundesdeutschen Alltag / Die DFI fordert zur Gegenwehr auf

47.6.2.88

SOSYAL TARİH ARASTIRMA VAZIFESİ
TÜSTAV
ARŞİNİ

In einem vollbesetzten Flensburger Linienbus tönten Skinheads mehrere Male: „Ein Hund ist mehr wert als eine Türkin“. Bis auf eine Frau blieben die Fahrgäste stumm.

Auf die Wohnung einer ausländischen Familie in Borchum-Werne wurde ein Brandanschlag verübt.

Gloria, eine guatemalteki-sche Bürgerin Bremens, ist vor den Augen von ca. 100 ‚hochanständigen‘ Bürger/innen krankenhaushausreif geschlagen worden. Nach einer dramatischen Hetzjagd fiel eine Horde von Skinheads, die auf „Ausländerjagd“ war, über sie und ihren libanesischen Begleiter her. Keine/r der Zuschauer/innen hat eingegriffen. Und auch die Polizei mußte massiv gedrängt

werden, der am Boden liegenden, blutüberströmten Frau zu helfen.

Derartige Ereignisse sind hierzulande keine Seltenheit mehr.

Empörend und beängstigend ist die Tatsache, daß ausländische Bürger/innen in unserem Land diskriminiert, gehetzt und mißhandelt werden und daß dies zunehmend unter den Augen der Öffentlichkeit und einer äußerst zurückhaltenden Polizei geschieht.

Die gewalttätigen Übergriffe auf ausländische Mitbürger/innen werden erleichtert durch deren Degradierung zu Bürgern und Bürgerinnen zweiter Klasse durch:

- Verweigerung des Wahl-

rechts,

- die offiziellen Ausweisungs- und Abschiebepraktiken,

- das Ablehnen von Asylgesuchen. 1986 wurde nur etwa 10 Prozent Asyl gewährt.

Besonders betroffen sind ausländische Frauen:

- Für etwa 75 Prozent der Ausländerinnen ist ihre Aufenthaltsgenehmigung an die des Ehemannes gebunden. Scheidung und Antrag auf Sozialhilfe sind Ausweisungsgründe.

- Der Sexismus, die geschlechtsspezifische Diskriminierung und Verfolgung in ihren Heimatländern gehören nicht zu den anerkannten Gründen für politisches Asyl.

Ausländerinnen haben sich gegen Rassismus und Sexismus zur Wehr zu setzen. Von allen Arbeitskräften werden sie am schlechtesten entlohnt; sie werden durch frauenfeindliche Äußerungen gedemütigt, sexuell belästigt, manche zur Prostitution gezwungen und gewalttätig angegriffen.

Es ist höchste Zeit, für unsere ausländischen Mitbürger/innen Partei zu ergreifen, Gleichgültigkeit und Angst vor den Neofaschisten zu überwinden.

Von den Politikern und Politikerinnen fordern wir:

● Gleiche politische Rechte für unsere ausländischen Mitbürger/innen.

● Eine breite Bewußtseins-

bildung gegen Ausländerfeindlichkeit, gegen Sexismus und Rassismus, verbunden mit wirkungsvollen, von der Regierung getragenen Kampagnen.

● Schulunterricht gegen Ausländer/innenfeindlichkeit.

● Verbot aller neofaschistischen Parteien und Gruppen.

Die Bundesgeschäftsstelle der Demokratischen Fraueninitiative in 4300 Essen 1, Rütterscheider Str. 91 richtet die Bitte an die Frauen: Über Anmache, Benachteiligungen, Demütigungen und Gewalttätigkeit an Ausländerinnen zu berichten. Sie will solche Berichte der Öffentlichkeit übergeben.



Eine von vielen: Türkische Mutter, in
von Klaus Rose.

47.6.2.88
ürkin“

SOSYAL TARİH ARASTIRMA VA
TÜSTAV
ARŞİMİ

uf

bildung gegen Ausländerfeindlichkeit, gegen Sexismus und Rassismus, verbunden mit wirkungsvollen, von der Regierung getragenen Kampagnen.

- Schulunterricht gegen Ausländer/innenfeindlichkeit.
- Verbot aller neofaschistischen Parteien und Gruppen.

Die Bundesgeschäftsstelle der Demokratischen Fraueninitiative in 4300 Essen 1, Rüttscheider Str. 91 richtet die Bitte an die Frauen: Über Anmache, Benachteiligungen, Demütigungen und Gewalttätigkeit an Ausländerinnen zu berichten. Sie will solche Berichte der Öffentlichkeit übergeben.



Eine von vielen: Türkische Mutter, in Duisburg fotografiert von Klaus Rose.